



Impressionen einer Afrika-Reise: Die meisten Kinder in Uganda leben weiter in großer Armut – ob draußen auf dem Land (li.) oder in den Flüchtlingscamps

Fotos: Krause

„Wir müssen die retten, die wir retten können“

Entwicklungshilfeministerin Wieczorek-Zeul über die Not in Afrika und die Arbeit der Hilfsorganisationen

Erdbenen, Überschwemmungen, Hurrikans: Immer wieder sorgen Katastrophen irgendwo auf der Welt für Aufsehen – und lösen damit die Spendenbereitschaft der Menschen aus. Aber es gibt auch vergessene Katastrophen. „Aktion Deutschland hilft“ – das große Bündnis mehrerer Hilfsorganisationen – hat acht deutsche Journalisten ausgewählt und ihnen Hilfsprojekte in Uganda sowie im Grenzgebiet zum Kongo und Sudan vorgestellt. Unser Chefredakteur Frank Krause war dabei und berichtet von seiner Afrika-Reise.

Berlin – „Die Entwicklungsländer haben für die künftige Stabilität der Weltwirtschaft eine wichtige Aufgabe“, sagt die zuständige Ministerin der Bundesregierung, Heidmarie Wieczorek-Zeul. Im Interview mit unserer Zeitung warnt sie: „Länder, die sich in der aktuellen Finanzkrise nur um sich kümmern, gehen den falschen Weg.“

Frau Wieczorek-Zeul, Länder wie Uganda sind trotz jahrelanger Entwicklungshilfe arm. Geht es diesen Ländern durch die weltweite Finanzkrise bald noch schlechter?

Das ist leider eine reale Bedrohung. Zwar sind die afrikanischen Länder wegen ihrer geringeren finanziellen Verflechtung weniger von der Krise betroffen, dafür werden sie aber umso mehr die realwirtschaftlichen Folgen der Krise zu spüren bekommen. Denn sie werden unter den Konsequenzen leiden, wenn es aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise zu geringeren Investitionen der Unternehmen kommt und der Export von Waren stagniert.

Was kann Deutschland dagegen tun?

Wir haben mehrfach zugesagt, dass wir die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit trotz der Finanzkrise entsprechend dem EU-Aktionsplan bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens und bis 2015 auf 0,7 Prozent steigern. Das halte ich gerade in Bezug auf Afrika für sehr wichtig. Ich fordere internationale Institutionen wie die Weltbank und den IWF aber zugleich auf, sich verstärkt darum zu bemühen, Investitionen in diesen Ländern voranzubringen. Wir brauchen diese Maßnahmen, damit es in Ländern wie Uganda im Bereich Schulen, Infrastruktur und Landwirtschaft weitergeht. Nur wenn sich diese Länder antizyklisch verhalten können und sich damit gegen die Finanzkrise stemmen können, haben sie eine Chance, diese Krise halbwegs ohne Blessuren zu bewältigen.

In vielen afrikanischen Ländern wartet man händeringend auf deutsche Investoren. Können Sie Türöffner sein?

Das sehe ich schon und das machen wir auch. Die Bundesregierung hat ja entschieden, einen Teil des Stabilitätspaktes im Umfang von 100 Millionen Euro dazu zu verwenden, Mittel der Weltbank zu mobilisieren, um Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren, zum Beispiel Maßnahmen im Bereich der Wasserversorgung oder des Straßenbaus. Denn eines darf man nicht vergessen: In einem Entwicklungsland bedeutet ein Prozent weniger Wachstum mittelfristig 20 Millionen mehr arme Menschen. Wir haben im Übrigen viele Public-Private-Partnership-Investitionen vorgebracht.

Inwieweit fürchten Sie, dass die Finanzkrise zu einem Rückgang der Spenden für die Hilfsorganisationen führen wird?

Das hoffe ich nicht, glaube es aber auch nicht. Ich finde, die Deutschen sind sehr mitfühlend und deshalb spendenfreudig. Das hat man beim Tsunami und bei vielen anderen Katastrophen gesehen. Und selbst kleine Beträge sind für die meisten Entwicklungsländer von großem Nutzen, weil sie

helfen, die Lebensumstände der Armen zu verbessern oder Menschenleben zu retten.

Gerade in Afrika, aber auch in großen Teilen von Asien ist die Not aber weiter groß. So intensiv die Hilfsorganisationen auch im Einsatz sind, so sehr wirkt das manchmal wie ein Tropfen auf den heißen Stein.

Das mag sein. Aber was sollen wir als Bundesregierung und was sollen die Organisationen anderes tun? Gar nichts, die Menschen mit ihren Problemen alleine lassen? Nein. Wir müssen die retten, die wir retten können. Und deshalb habe ich großen Respekt vor der Arbeit der Hilfsorganisationen. Deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen leisten einen unschätzbaren Dienst.

Auf dem neuen US-Präsidenten lasten viele Erwartungen. Wie sehr hoffen Sie, dass er – im Gegensatz zu seinem Vorgänger – Afrika nicht links liegenlässt, sondern sich mehr der Bewältigung der Probleme widmet?

Man muss dem bisherigen US-Präsidenten George Bush zumindest zugute halten, dass er sich bei der Bekämpfung von Aids gerade auch in Afrika stark engagiert hat. Aber ich hoffe schon, dass unter Barack

Obama die Mittel für die Entwicklungshilfe gesteigert werden, dass er sich aktiv an der Armutsbekämpfung beteiligt, eine andere Grundhaltung Einzug hält. Denken Sie zum Beispiel an die westafrikanischen Länder Benin, Burkina Faso, Mali oder Tschad, die unter den Subventionen amerikanischer Baumwolle massiv leiden. Diese Länder wären mit ihren Produkten auf den internationalen Märkten hervorragend wettbewerbsfähig, sie können aber nicht gegen die Preise der US-Großfarmer konkurrieren.

Das ist ein Problem von vielen und doch irgendwie typisch für Entwicklungspolitik: Man nimmt sie nur wahr, wenn große Katastrophen geschehen, oder?

Entwicklungspolitik ist mehr als die Überweisung von Fördermitteln. Es handelt sich um eine immens wichtige friedenspolitische Maßnahme. Länder, die in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise glauben, sie müssten sich nur um sich kümmern, gehen den falschen Weg. Denn die Entwicklungsländer haben für die künftige Stabilität der Weltwirtschaft eine wichtige Aufgabe. Wo instabile Verhältnisse herrschen, ist der nächste Konflikt programmiert. Und ich halte es nach wie vor für besser, kostengünstiger und menschenwürdiger, wenn Geld für den Bau von Trinkwasseranlagen, für die Bekämpfung von Aids oder für die Senkung der Kindersterblichkeit verwendet wird, als anschließend mit Milliardenaufwand gegen die Konflikte anzugehen.

Sie ermuntern also deutsche Unternehmer, in Afrika zu investieren?

Absolut. Ich habe erst dieser Tage ein langes Gespräch mit dem Hamburger Reeder Kräger geführt, der zusammen mit Unicef eine zweistellige Zahl von Schulen in Afrika aufgebaut hat. Der hat Vertrauen in Afrika, und ich setze darauf, dass andere es ihm nachmachen. Das ist gut investiertes Geld.

Fragen von Frank Krause aus Berlin

UNSERE SERIE IM ÜBERBLICK

- 09. Februar: Eine Familie hat Aids
- 10. Februar: Alltag der Entwicklungshelferin
- 11. Februar: Reise eines Spendeneuro
- 12. Februar: Hungerige Kinder
- 13. Februar: Was die Bundesregierung will

Das Spendenkonto

Das Bündnis „Aktion Deutschland hilft“ (ADH) hat für die Hilfsprojekte, die in dieser Serie vorgestellt wurden, eigens ein Konto eingerichtet.

- Aktion Deutschland hilft Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 370 205 00) Spendenkonto 10 20 30 Stichwort: Uganda



Ministerin Wieczorek-Zeul in ihrem Büro in Berlin mit Chefredakteur Krause

Zur Person

Heidmarie Wieczorek-Zeul

1942 in Frankfurt/Main geboren
1961 Studium für das Lehramt in den Fächern Englisch und Geschichte, danach als Lehrerin tätig
1965 Eintritt in die SPD
1974 Bundeschefin der Jungsozialisten
1993 bis 2005 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD
Seit 1998 Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Botschafter aus Schwaben wirbt um Investoren aus der Heimat

Reinhard Buchholz vertritt die deutschen Interessen in Uganda: „In dieses Land ist Ruhe eingekehrt“

Kampala – „Dieses Land ist wie ein fließender Strom.“ Wenn Reinhard Buchholz, der deutsche Botschafter in Uganda, über seinen Arbeitsplatz spricht, hört sich das fast melancholisch an. Doch für Träumereien ist kein Platz. Das Land in Ostafrika buhlt um Investoren – gerade aus Deutschland.

VON FRANK KRAUSE
aus Kampala



Buchholz StN

„Ich danke allen, die uns helfen“, sagt Ugandas Vizepräsident Gilbert Bukenia. Er weiß sehr wohl: Ohne die Unterstützung der Hilfsorganisationen und die Hilfe ausländischer Regierungen wäre sein Land, dessen 29,6 Millionen Einwohner noch immer zu den ärmsten der Welt gehören, noch ärmer. Also nutzt Bukenia jede Gelegenheit der Begegnung mit Gästen aus Europa, um für Investi-

tionen zu werben: „Sie haben doch in Deutschland viele Computer, die Sie nicht mehr brauchen. Wir nehmen die sofort.“

Der Bau und die Ausstattung von Schulen, die Errichtung von Krankenhäusern, die Verbesserung der katastrophalen Straßen – das sind drei große Bereiche, die man sich für die nächsten Jahre vornimmt. Das Problem: Erstens fehlt dafür vielfach das Geld. Zweitens gelten große Teile der Regierung um Staatschef Yoweri Museveni (der nach 23 Jahren an der Macht gerade eine Verfassungsänderung prüft, um sich eine weitere Amtszeit zu ermöglichen) weiter als korrupt. Und drittens

ist die Bevölkerung durch die jahrelangen Schreckensherrschaften der Staatschefs Idi Amin und Milton Obote geschunden sowie durch die ethnischen Verwerfungen zwischen dem Norden und dem Süden noch immer zerstritten.

Seit 2007 ist der gebürtige Aalener, der mit einer Schwäbin aus Fellbach verheiratet ist und in Stuttgart noch ein Zuhause hat, der Statthalter der Bundesregierung in der Hauptstadt Kampala. Der afrikanische Kontinent ist längst seine zweite Heimat geworden – auch wenn er den heimischen Trolinger und die Maultaschen schon vermisst. Nach diplomatischen Gastspielen in Jakarta, Belgrad und Paris ging Buchholz in die Zentralafrikanische Republik, war Botschafter in Guinea und Sierra Leone, wurde in den Kongo entsandt, kam nach Malawi. Nun vertritt er die deutschen Interessen in

Uganda. Er wirbt für die Demokratisierung, für die Einhaltung der Menschenrechte – und er wirbt um Investoren. „In diesem Land fließen nicht Milch und Honig. Aber hier kann man es gut aushalten, auch als Ausländer.“ Deutschland stehe unter den ersten sechs Ländern, wenn es um die wirtschaftlichen Beziehungen zu Uganda geht. Da ist also Luft nach oben – zum Beispiel beim Bau von Wasserversorgungsanlagen irgendwo entlang des Nils. „Ein Drittel der Menschen hat noch immer keinen Zugang zu Wasser“, betont Buchholz. Die Sorgen mancher Unternehmen aus Europa, das Land könne innenpolitisch zu unsicher sein, zerstreut er: „Man muss nicht gerade nachts alleine herumfahren.“ Aber das gilt bekanntlich auch für manches Viertel in deutschen Großstädten. Nein, sagt Buchholz, „in dieses Land ist Ruhe eingekehrt“.

Ausländischen Unternehmen – zum Beispiel im Bereich der Medizin – rollen sie in Uganda den roten Teppich aus. Jüngstes Beispiel: In Kampala haben Inder eine Fabrik gebaut, in der Medikamente gegen Malaria produziert werden. Das Ziel: zwei Millionen Tabletten pro Acht-Stunden-Schicht. Die Arzneimittel sollen ein Generika sein – also die preisgünstige Kopie teurer Medikamente. Damit soll der Preis dauerhaft gedrückt werden – auf zehn US-Dollar pro Patient und Monat. Ob deutsche Unternehmen mit einsteigen? Willkommen sind die Gäste aus Germany jedenfalls. Vor einem Jahr haben sie Bundespräsident Horst Köhler begeistert empfangen. „Da hing an jedem Lichtmast ein Konterfei von ihm“, erinnert sich Buchholz: „Die Menschen haben gespürt, dass er sich für ihre Probleme interessiert und Afrika nicht nur aus ‚Geo‘ kennt.“

www.KINDER-NACHRICHTEN.de

Die Kunst des friedlichen Verhandeln

Auf dem Schulhof und in der Politik: Diplomatie ist wichtig



Hallo! Ich bin Paul, der Kinder-Chefreporter

Kinder-Nachrichten
Plieninger Straße 150, 70567 Stuttgart
07 11 / 72 05 - 79 25
kinder-nachrichten@stn.zgs.de

ZUM LACHEN

Mutter: „Hach, Oma hat in letzter Zeit nichts als ihr Auto im Kopf!“ Daraufhin Fritzchen: „Das ist doch gut. Dann spart sie sich die Garage!“
Michaela (9)

Du hast mich geschubst, jetzt hau' ich dir eins auf die Nase! Und dann? Vielleicht mischt sich noch jemand ein und – schwupps – schon gibt's eine üble Keilerei.

So ähnlich wie auf dem Schulhof entstehen auch oft Krisen auf der Welt: Der eine ist wütend auf den anderen, weil der Geld einheimst und nichts abgibt. Oder ein Land tut Dinge, die den Nachbarstaaten schaden. Oder einer will in einem Gebiet allein das Sagen haben.

Eine Prügelei auf dem Schulhof endet vielleicht mit blauen Flecken. Wenn aber Staaten oder Rebellen einen Krieg anzetteln, sterben dabei meist viele Menschen.

Muss das sein? Man hätte doch miteinander sprechen und einen friedlichen Ausweg finden können.

So einen Ausweg nennt man eine diplomatische Lösung. Diplomatie bedeutet, dass Vertreter von verschiedenen Staaten oder Gruppen miteinander reden. Dabei kann es um unterschiedliche Dinge gehen: Zum Beispiel um eine Zusammenarbeit in den Bereichen Sport oder Kultur oder Wissenschaft. Besonders wichtig ist Diplomatie aber dann, wenn es ein Problem zwischen Staaten gibt.

Die Vertreter der Länder müssen sehr behutsam sein, in dem was sie tun. Denn: Was für das eine Land gut ist, kann für ein anderes schlecht sein. Zum Beispiel, wenn ein Staat sich freut, dass es günstig Lebensmittel aus anderen Ländern bekommt. Die Menschen dort aber sind vielleicht arm, und ihre

Umwelt wird für die billige Ware immer mehr zerstört.

Für eine Lösung müssen beide Seiten aufeinander zugehen. Aber wenn man ganz viel Wut im Bauch hat, ist das nicht leicht. Also müssen die Vertreter einen kühlen Kopf bewahren und schön höflich bleiben. Wenn sich alle einigen, spricht man oft von einem Kompromiss. Das heißt: Keiner bekommt alles, was er wollte. Aber jeder bekommt einen Teil davon.

Euer Paul

PAUL IM INTERNET
Weitere schwierige Begriffe erklären wir euch im Nachrichtenlexikon auf Pauls Seite im Internet:
www.kinder-nachrichten.de



Okay, so machen wir's: Zwei Männer schütteln sich die Hände